

440342-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Objektplanung für eine Flachdachsanierung Umwandlung von Kalt- zu Warmdach inkl. Förderung und PV-Vorbereitung - Mittelfeldstr. 5 u. 7 Objektplanung LPH 3 und 5 bis 9, LPH 4 optional

OJ S 121/2026 26/06/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Münchner Wohnen GmbH

E-Mail: SE02_05@muenchner-wohnen.de

Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Objektplanung für eine Flachdachsanierung Umwandlung von Kalt- zu Warmdach inkl. Förderung und PV-Vorbereitung - Mittelfeldstr. 5 u. 7 Objektplanung LPH 3 und 5 bis 9, LPH 4 optional

Beschreibung: Ursprünglich war eine einfache Sanierung der Dachabdichtung auf vorhandenem Kaltdachstuhl geplant. Diese ist jedoch nicht durchführbar, da weiterführenden Untersuchungen folgendes ergaben: - Laut Statik ist der vorhandene Dachstuhl nicht mehr tragfähig - Aufgrund der festgestellten Schadstoffe in Abdichtung und in der Dämmung sowie an den Entwässerungsleitungen ist eine umfangreiche Schadstoffsanierung erforderlich. Siehe hierzu beigefügte Schadstoffuntersuchungsergebnisse von IBQ. Daher sind nun folgende Arbeiten geplant: - Das Dach wird komplett abgeräumt, und ein neues Warmdach hergestellt. - Die aufgehenden Betonbauteile werden mit WDVS saniert. - Die Attika muss ertüchtigt werden. - Die vorhandene Lüftung muss umgebaut werden, da sie derzeit im Hohlraum des Kaltdachstuhls verläuft. - Entwässerung Demontage und Neuaufbau Derzeit wird davon ausgegangen, dass über die gesamte Bauzeit ein Gerüstschuttdach erforderlich ist, einschl. Kran, da das Dach nicht mehr arbeitstäglich dicht hergestellt werden kann. Hinweis zum Artenschutz: Hier ist mit zeitlichen Einschränkungen im Bauablauf zu rechnen. Siehe hierzu Gutachten von Herrn Dr. Schuler. Eine Förderung als Einzelmaßnahme (BAFA) wurde bereits im Vorfeld ermittelt. Die Förderung wird von einem externen Energieberater durchgeführt und bedarf lediglich der Unterstützung des Objektplaners durch Bereitstellung der Kosten. Es werden die LPH 3 und LPH5 bis einschl. LPH 9 beauftragt. LPH4 wird lediglich optional abgefragt und bei Bedarf beauftragt.

Kennung des Verfahrens: 4110fd95-193c-4d97-bac6-9c68d5951dfb

Interne Kennung: 2026_937_Mitterfeldstr_OP_VgV_prv

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71210000 Beratungsdienste von Architekten, 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: München

Postleitzahl: 80634

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Korruption: gemäß GWB § 123, § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen), § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern), §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete), Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr).

Betrug: gemäß GWB § 123, § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: gemäß GWB § 123, § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland).

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: gemäß GWB § 123, § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen, § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte).

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: gemäß GWB § 124, das Unternehmen ist zahlungsunfähig, über das Vermögen des Unternehmens wurde ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt, das Unternehmen befindet sich im Verfahren der Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: gemäß GWB § 123, §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: gemäß GWB § 124, das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: gemäß GWB § 124, das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: gemäß GWB § 124, das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen.

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: gemäß GWB § 124, das Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: gemäß GWB § 124, der öffentliche Auftraggeber verfügt über hinreichende Anhaltspunkte dafür, dass das Unternehmen mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: gemäß GWB § 124, es besteht ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: gemäß GWB § 124, es resultiert eine Wettbewerbsverzerrung daraus, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: gemäß GWB § 124, das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt, und dies führte zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge.

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: gemäß GWB § 124, das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt, und dies führte zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Objektplanung für eine Flachdachsanierung Umwandlung von Kalt- zu Warmdach inkl. Förderung und PV-Vorbereitung - Mitterfeldstr. 5 u. 7 Objektplanung LPH 3 und 5 bis 9, LPH 4 optional

Beschreibung: Ursprünglich war eine einfache Sanierung der Dachabdichtung auf vorhandenem Kaltdachstuhl geplant. Diese ist jedoch nicht durchführbar, da weiterführenden Untersuchungen folgendes ergaben: - Laut Statik ist der vorhandene Dachstuhl nicht mehr tragfähig - Aufgrund der festgestellten Schadstoffe in Abdichtung und in der Dämmung sowie an den Entwässerungsleitungen ist eine umfangreiche Schadstoffsanierung erforderlich. Siehe

hierzu beigefügte Schadstoffuntersuchungsergebnisse von IBQ. Daher sind nun folgende Arbeiten geplant: - Das Dach wird komplett abgeräumt, und ein neues Warmdach hergestellt. - Die aufgehenden Betonbauteile werden mit WDVS saniert. - Die Attika muss ertüchtigt werden. - Die vorhandene Lüftung muss umgebaut werden, da sie derzeit im Hohlraum des Kaldachstuhls verläuft. - Entwässerung Demontage und Neuaufbau Derzeit wird davon ausgegangen, dass über die gesamte Bauzeit ein Gerüstschuttdach erforderlich ist, einschl. Kran, da das Dach nicht mehr arbeitstäglich dicht hergestellt werden kann. Hinweis zum Artenschutz: Hier ist mit zeitlichen Einschränkungen im Bauablauf zu rechnen. Siehe hierzu Gutachten von Herrn Dr. Schuler. Eine Förderung als Einzelmaßnahme (BAFA) wurde bereits im Vorfeld ermittelt. Die Förderung wird von einem externen Energieberater durchgeführt und bedarf lediglich der Unterstützung des Objektplaners durch Bereitstellung der Kosten. Es werden die LPH 3 und LPH5 bis einschl. LPH 9 beauftragt. LPH4 wird lediglich optional abgefragt und bei Bedarf beauftragt.

Interne Kennung: 2026_937_Mitterfeldstr_OP_VgV_priv

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71210000 Beratungsdienste von Architekten, 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: München

Postleitzahl: 80634

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 15 Monate

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Spezifischer durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: DURCHSCHNITTLICHER JAHRESUMSATZ DER

LETZTEN DREI GESCHÄFTSJAHRE Es sind die Jahresumsätze des Unternehmens der

vergangenen 3 Geschäftsjahre (2023, 2024, 2025) im Geschäftsbereich der

auftragsgegenständlichen Leistung anzugeben. Als Mindestkriterium sind der durchschnittliche

Jahresumsatz von mindestens 200.000 EUR netto nachzuweisen.

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: DURCHSCHNITTLICHE ANZAHL MITARBEITER DER LETZTEN DREI GESCHÄFTSJAHRE Mindestanforderung! Es ist die jährliche Anzahl der im Unternehmen beschäftigten Mitarbeiter*innen im Bereich der ausschreibungsgegenständlichen Leistung in den vergangenen 3 Jahren (2023, 2024, 2025) anzugeben. Als Mitarbeiter*innen zählen alle sozialversicherungspflichtig und in Vollzeit Beschäftigte (Teilzeitbeschäftigte können anteilig nach Beschäftigungsverhältnis angegeben werden). - Mindestens 2 vollzeitbeschäftigte/r Mitarbeiter/innen. BERUFSBEZEICHNUNG Für den/die verantwortlichen Berufsangehörigen (Inhaber, Geschäftsführer – je nach Rechtsform des Bieters) ist der Nachweis zu erbringen, dass er/sie zum Führen der Berufsbezeichnung oder zum Tätigwerden in Hinblick auf die vertragsgegenständliche Leistung der Ausschreibung in Deutschland berechtigt ist/sind (§ 75 Abs. 3 VgV). NACHWEIS BZW. URKUNDEN ODER ZEUGNISSE BEIFÜGEN Als qualifiziert gelten Architekten oder Bauingenieure sowie Beschäftigte und Freiberufler mit Bachelor-, Diplom- oder Masterabschluss der Fachrichtung Architektur und Bauingenieurwesen. Ist in den jeweiligen Heimatstaaten die Berufsbezeichnung „Architekt/-in“ gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die Anforderungen als Architekt/-in, wer über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung nach der Richtlinie 2005/36/EG und 2013/55/EU des Europäischen Parlaments und des Rates gewährleistet ist und im Auftragsfall die Vorgaben des Art. 2 BauKaG erfüllt sind.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: BERUFSHAFTPFLICHT Mindestanforderung! Es ist der Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung i.H. folgender Deckungssummen je Versicherungsfall zu erbringen bzw. eine entsprechende Bestätigung des Versicherungsgebers für den Auftragsfall vorzulegen: - Personenschäden: mind. 2.000.000 EUR (Mindestanforderung); - Sonstige Schäden: mind. 1.000.000 EUR (Mindestanforderung). Pro Kalenderjahr mindestens 3-fach maximiert.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: REFERENZ 1 - Mindestanforderung Name Referenz (prägnanter und eindeutiger Name der Baumaßnahme) - Referenz beinhaltet Flachdachsanieierung - Beauftragte und abgeschlossenen Leistungsphasen: - mind. LPH 3 und 5 bis 9 Angabe: Welche Leistungsphasen wurden bearbeitet? - Honorarzone III Welche Honorarzone wurde erbracht? - Leistungszeitraum innerhalb der letzten 7 Jahre (Projektabschluss) Angabe: Wann war Beginn und Ende des Projekts? - Auftraggeber war ein öffentlicher Auftraggeber. Angabe: Auftraggeberdaten (Name, Adresse, Ansprechpartner, Telefon, E-Mail, Art des Vertragsverhältnisses / vertraglich gebunden als (z.B. alleiniger Auftragnehmer, ARGE-Vertragspartner, Unterauftragnehmer): Für die Referenz ist eine Referenzbeschreibung beizufügen, aus der die Erfüllung aller Kriterien wie dem Auftraggeber, Leistungsumfang, Beschreibung, Leistungsphasen, Rolle des Bewerbers, Zeitraum etc. ersichtlich ist (jeweils max. 4 DIN A4-Seiten). - Der Bieter ist zum Führen der Referenz berechtigt.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualitätskriterium

Beschreibung: Analyse der Aufgabenstellung, Methodik und Projektbearbeitung: Dem Auftraggeber kommt es darauf an, dass der Bieter die Aufgabenstellung des konkreten Projekts analysiert und die besonderen Herausforderungen des Projekts benennt und eine hierauf ausgerichtete Methodik der Herangehensweise und Projektbearbeitung wählt, die eine zügige und effektive Projektrealisierung und eine zielführende Kommunikation und Einbindung der Bauherrenvertreter und der anderen fachlich Beteiligten erwarten lässt. Gewichtung: 60 Prozent Punkte: 300 (sh. Zuschlagskriterien)

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 60

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Honorar Gewichtung: 40 Prozent Punkte: 200 Punkte (sh. Zuschlagskriterien)

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 40

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/1/tenderId/299723>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

Name: <https://www.meinauftrag.rib.de>

URL: <https://www.meinauftrag.rib.de>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.meinauftrag.rib.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 27/07/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 60 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Formale Unterlagen werden nachgefordert

Zusätzliche Informationen: Bietergemeinschaften sind zulässig. Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter. Arbeitsgemeinschaften und andere gemeinschaftliche Bieter haben in den Bewerbungen die Mitglieder zu benennen und eines ihrer Mitglieder als uneingeschränkt bevollmächtigten Vertreter zu bezeichnen. Der Teilnahmeantrag besteht aus dem Erhebungsbogen; sämtliche Vergabe/Auftragsunterlagen sind auf der Vergabepattform eingestellt. Der Erhebungsbogen und die anderen einzureichenden, bearbeitbaren Formulare sind auf den eigenen Rechner herunterzuladen, dort lokal auszufüllen und zu speichern.

Teilnahmeanträge und Angebote können ausschließlich von registrierten Bewerbern über die Vergabepattform (vergabe.bayern.de) in Textform eingereicht werden. Die ausgefüllten und lokal gespeicherten Unterlagen sind als Teil des Teilnahmeantrags/Angebots auf die Plattform hochzuladen. Zur Einreichung des Teilnahmeantrags/Angebots muss auf der Plattform in

einem entsprechenden Fenster der Vor- und Nachname der Person, die die Teilnahmeantragsabgabe erklärt, angegeben werden. Eine gesonderte Unterschrift sowie eine fortgeschrittene oder qualifizierte Signatur sind für den Teilnahmeantrag nicht erforderlich. Nicht fristgerecht eingereichte Teilnahmeanträge bzw. schriftliche (in Papierform eingereichte) oder formlose Anträge werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt. Beschreibungen zur Vorgehensweise bei Teilnahmewettbewerben auf der Vergabepattform unter:

https://download.arriba-net.de/fileadmin/downloaddaten/meinauftrag.rib.de/hilfe/angebot_abgeben_tender.html

Im Rahmen des Angebotes ist der unterzeichnete und ausgefüllt Vertrag von Seiten des Bieters abzugeben. Bieterfragen sollen möglichst 6 Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist über die Vergabepattform gestellt werden. Nicht rechtzeitig gestellte Bieterfragen können unbeantwortet bleiben.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin: 27/07/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Schlichtungsstelle: Schlichtungsstelle

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Südbayern

Informationen über die Überprüfungsfristen: Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist zudem unzulässig, wenn der Zuschlag erfolgt ist, bevor die Vergabekammer den Auftraggeber über den Antrag auf Nachprüfung informiert hat (§ 168 Abs. 2 Satz 1, 169 Abs. 1 GWB). Die Zuschlagserteilung ist möglich 15 Kalendertage nach Absendung der Bieterinformation nach § 134 Abs. 1 GWB. Wird die Information auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf 10 Kalendertage (§ 134 Abs. 2 GWB). Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an. Die Zulässigkeit eines Nachprüfungsantrags setzt ferner voraus, dass die geltend gemachten Vergabeverstöße 10 Kalendertage nach Kenntnis gerügt wurden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB). Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 GWB). Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 GWB).

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Münchner Wohnen GmbH

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt: Münchner Wohnen GmbH

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Münchner Wohnen GmbH

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Münchner Wohnen GmbH

Organisation, die Angebote bearbeitet: Münchner Wohnen GmbH

8. Organisationen

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Südbayern

Registrierungsnummer: t:08921762411

Abteilung: Vergabekammer Südbayern

Postanschrift: Regierung von Oberbayern Vergabekammer Südbayern Maximilianstrasse 39

Stadt: München

Postleitzahl: 80534

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabekammer Südbayern

E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Telefon: +498921762411

Fax: +498921762411

Internetadresse: <https://www.regierung.oberbayern.bayern.de>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Schlichtungsstelle

Registrierungsnummer: t:008921762411

Abteilung: Vergabekammer Südbayern

Postanschrift: Regierung von Oberbayern Vergabekammer Südbayern Maximilianstrasse 39

Stadt: München

Postleitzahl: 80534

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabekammer Südbayern

E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Telefon: +498921762411

Fax: +498921762411

Internetadresse: <https://www.regierung.oberbayern.bayern.de>

Rollen dieser Organisation:

Schlichtungsstelle

8.1. ORG-0005

Offizielle Bezeichnung: Münchner Wohnen GmbH

Registrierungsnummer: t:0898776620

Abteilung: Abteilung Vergabe

Postanschrift: Gustav-Heinemann- Ring 111

Stadt: München

Postleitzahl: 81739

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Münchner Wohnen - Abteilung Vergabe

E-Mail: SE02_05@muenchner-wohnen.de

Telefon: 000

Internetadresse: <https://www.muenchner-wohnen.de>

Profil des Erwerbers: <https://www.vergabe.bayern.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

Organisation, die Angebote bearbeitet

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0007

Offizielle Bezeichnung: Dienstleister Münchner Wohnen GmbH

Registrierungsnummer: t:00898776620

Abteilung: Abteilung Vergabe

Postanschrift: Gustav-Heinemann- Ring 111

Stadt: München

Postleitzahl: 81739

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Münchner Wohnen - Abteilung Vergabe

E-Mail: SE02_05@muenchner-wohnen.de

Telefon: 000

Internetadresse: <https://www.muenchner-wohnen.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffungsdienstleister

8.1. ORG-0008

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 58598e72-5a3a-43dc-9da5-c7068b71a2e1 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 25/06/2026 10:19:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 440342-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 121/2026

Datum der Veröffentlichung: 26/06/2026